

„Man muss gerechter gestalten“

Neopolitiker Josef Broukal über Pensions- und Gesundheitsreformen

NEWS: Selbstbehalte beim Arzt, höhere Beiträge, später in Pension, weniger Pension für Spitzenbeamte: Die Diskussion erinnert an Deutschland, wo auch erst nach der Wahl über Verschlechterungen geredet wurde.

Broukal: Na ja, von der schrittweisen Abschaffung der Frühpension spricht die ÖVP, nicht die SPÖ. Wir wollen, dass die Menschen auf dem Arbeitsmarkt auch die Möglichkeit haben, länger zu arbeiten. Der Experte Bernd Marin sagt, dass es schon genügen würde, wenn acht Prozent derer, die heute in Frühpension gehen, ein bisschen länger arbeiten, um das System wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

NEWS: Aber es ist doch von Verschlechterungen die Rede.

Broukal: Nein, von Veränderungen. Die bedeuten aber für einen Teil der Menschen auch Verbesserungen. Es will ja niemand insgesamt weniger Geld ausgeben, sondern wir wollen verhindern, dass die Kosten explodieren. Es werden die, die sehr viel Pension haben, weniger haben. Es

sollen aber die, die jetzt sehr wenig haben, mehr bekommen. Je nachdem, in welchem Lebensabschnitt man ein und denselben Betrag ins ASVG-Pensionssystem einbezahlt hat, kriegt man entweder rund 2.300 oder 1.300 Euro Pension heraus. Das kann man gerechter gestalten. Das bedeutet für die einen etwas weniger, für die anderen aber mehr.

NEWS: Werden wir für Gesundheit mehr zahlen müssen?

Broukal: Die Gesundheitskosten steigen, weil es Medikamente und Behandlungen gibt, die es früher nicht gab. Das muss mehr kosten. Wir können uns nur aussuchen, ob wir das solidarisch wollen oder nicht. Aber natürlich gibt es Rationalisierungsreserven, die vorher auszuschöpfen sind.

NEWS: Wenn es dann teurer wird ...

Broukal: ... wird man dafür um Verständnis werben und es solidarisch gestalten müssen.

NEWS: Studiengebühren sollen weg?

Broukal: Das war ein Wahlversprechen und gilt auch nach der Wahl.

